

White paper von Godrun Gaarder

## **2018/2019 – Ein neues Jahrzehnt beginnt. Jahr des Aufbruchs.**

- **Deutschland**

In Europa (u.a. EU) startete die politische Polarisierung und Radikalisierung in verschiedenen Bereichen im Herbst 2018. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) verliert in der Zeit deutlich Vertrauen in der Bevölkerung und auch in der eigenen Partei. Wir berichteten bereits darüber. Die sog. Konservativen Schwesterparteien CDU und CSU waren von Anfang an in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland (West) tonangebend. Nach der Wiedervereinigung 1990 gilt die strukturelle Ordnung des Föderalismus mit Bundesländern nun im ganzen Land. Bei den Landtagswahlen im vorigen Herbst, zuerst in Bayern (CSU) und später in Hessen (CDU) verloren die beiden Redierungsparteien erhebliche Stimmen. Das ist einer der Gründe, dass Angela Merkel auf einer Pressekonferenz am 30.10.2018 überraschend ankündigte, sie habe sich entschlossen, von nun an neue Wege zu gehen. Zuerst wolle sie den Parteivorsitz für beide Schwesterparteien aufgeben, später auch die Funktion der Kanzlerin (Regierungschefin).

- Offiziell wurde dieser Entschluss auf dem Parteikongress der Schwesterparteien Anfang Dezember 2018 in Hamburg bekanntgegeben. A. Merkel will das Amt der Bundeskanzlerin bis zur Bundestagswahl im Jahre 2021 weiterführen. Danach, so kündigte sie auch an, will sie sich aus allen anderen politischen Ämtern zurückziehen. Auch bei der Europapolitik will sie sich nicht weiter über 2021 hinaus engagieren.
- Um das Amt des Parteivorsitzes der CDU/CSU bewarben sich in Hamburg mehrere Kandidaten. Bei der entscheidenden Abstimmung konkurrierten drei Kandidaten. Annegret Kramp Karrenbauer (AKK) gewann schliesslich bei der Abstimmung. Sie hatte bereits Führungskompetenz im Bundesland Saarland erworben. Dort war sie einige Jahre Ministerpräsidentin. Sie hat auch das Vertrauen von Angela Merkel.
- Eine andere wichtige Frage dreht sich derzeit um das Thema «wird die sog. Grosse Koalition zwischen CDU/CSU und den Sozialdemokraten (SPD)» halten, und zwar bis zur Bundestagswahl 2021?
- Tatsache ist, dass die Rückendeckung der SPD laufend in den Umfragen sinkt. Man spricht auch über eine Vertrauenskrise. Die Frage lautet: wie kann sozialdemokratische Politik in einer grossen Koalition mit CDU und CSU erfolgreich durchgesetzt werden?

Es geht u.a. um die Finanzierung und die Reformierung des Sozialstaates. Im Jahre 2019 stehen auch noch weitere Themen auf der Tagesordnung. Mit vielen dieser Fragen muss sich die Parteiführung der Koalitionsparteien und anderer Parteien im Jahre 2019 auseinandersetzen, um weiter die Mehrheit im Bundestag zu erreichen. Eine besondere Herausforderung kommt von der rechtsradikalen Partei AFD (Alternative für Deutschland), die bereits in die Parlamente mehrerer Bundesländer durch Wahlerfolge eingezogen ist. Bisher wollen die seither in Deutschland etablierten Parteien nicht mit diesem politischen Aussenseiter politisch zusammenarbeiten.

- Bis 2021 stehen eine Reihe von wichtigen Fragen auf der Tagesordnung, die von der Regierung bearbeitet werden sollen. Es handelt sich u.a. um zukünftige Lebensbedingungen für die Menschen in Städten und auf dem Lande, u.a. im Zusammenhang mit dem Thema Klima im Allgemeinen ( Deutschland ist dicht bevölkert, hier leben ca. 82,8 Millionen Menschen – in Norwegen rund 5 Millionen (auf einer grossen Landesfläche, die nicht überall besiedelbar ist) In Deutschland geht es in dem Zusammenhang auch viel um Diskussionen der Luftschmutzung durch intensiven Autoverkehr auf Autobahnen und städtischem Verkehr, auch im Zusammenhang mit umstrittenen Abgasen von vielen PkWs.
- Im Januar veröffentlichte eine Sonderkommission Vorschläge für eine langfristige Begrenzung der Luftverschmutzung. Da wurde auch überraschend der Vorschlag der zukünftigen Einstellung der Kohleproduktion gemacht (Im Mittelpunkt steht vor allem die Braunkohle). Diese soll bis 2038 zum Zwecke des Erreichens der Klimaziele eingestellt werden. Dieser Vorschlag löste eine umfassende Debatte vor allem auch in betroffenen Bundesländern im östlichen Teil Deutschlands aus.
- Die Energieversorgung in Deutschland anhand unterschiedlicher Energiequellen wird schon einige Zeit diskutiert. Die Regierung stellte vor einigen Jahren das sog. Zukunftsprojekt «Energiewende» vor. Einiges ist erreicht worden, wie bei dem Einsatz von Windkraft und Sonnenenergie, auch dem Beschluss der langfristigen Abschaffung von Atomkraftwerken. Auch die Versorgung mit norwegischen Erdgas ist berührt. Dazu gibt es heute auch verschiedene Ansichten. Vieles ist noch zu tun, wenn das Ziel der sauberen Energieversorgung erreicht werden soll. In dem Bereich steht Deutschland als grosses Industrieland und grosser Bevölkerungszahl vor grossen Herausforderungen
- In jüngster Zeit haben wöchentlich auch in Deutschland an einem Tag der Woche stattfindenden Demonstrationen von Schülern in grösseren Städten Aufmerksamkeit erregt. Die Schüler fordern besseren Klimaschutz und rufen u.a. «Das gilt unserer Zukunft.» Diese Demonstrationen wurden ursprünglich von einer schwedischen 16-jährigen Schülerin ausgelöst, die inzwischen europaweit und weltweit bekannt geworden ist. Das besondere an den jugendlichen Demos ist, dass die Schüler jeweils in der Zeit ihres Schulalltags demonstrieren und damit einige Stunden ihrer Schulzeit vernachlässigen. Bisher haben die Schulen das geduldet.
- Die Nachrichten der letzten Tage dokumentieren, dass die derzeit regierenden Koalitionsparteien (die Konservativen und die Sozialdemokraten) bei der Europaparlamentswahl recht viele Stimmen verloren haben, im Gegensatz zu den "Grünen", die aus der Wahl als Sieger hervorgingen. Auch die europäischen

Rechtsradikalen (In Deutschland, die AFD, Alternative für Deutschland, sind sind u.a. mit dem Thema ins Europäische Parlament eingezogen.

Vor allem jüngere Wähler haben den Nachrichten nach, mehr konkretes politisches Handeln der Regierung gefordert, vor allem was die Veränderungen insbesondere im Zusammenhang mit der weltweiten Klimakrise steht. Die Entwicklung in den nächsten Tagen sollte genau beobachtet werden, sie gilt ja allen unseren Ländern. In dem Zusammenhang ist in Deutschland bereits von eventuellen Neuwahlen vor dem Jahre 2021 die Rede.

- **Europawahlen**

Nach den Europawahlen /EU-Parlamentswahl war das endgültige Ergebnis, endgültige in Tyskland unerwartet. Die sog. Grosse Koalition, bestehend aus den konservativen Parteien, CDU und CSU, wie auch die Sozialdemokraten (SPD) erlitten Einbrüche bei den Wählern. Die Partei "De Grünen" hatte den grössten Stimmenzuwachs. Auch die sog. Rechtspopulisten aus ganz Europa wurden als Gruppe in das Parlament gewählt. In Deutschland ist das die AFD.

Der Verlust, den die sozialdemokratische Partei registrieren musste, ist aus verschiedenen Gründen für diese Partei recht problematisch und intern eine intensive Debatte ausgelöst, u.a.zur Politik der Führung der Partei und Anpassung zur Lösung von wichtigen Zukunftsfragen. Das sollte genau verfolgt werden. Es geht nun auch um die Besetzung von Spitzenpositionen, im EU-Parlament- wie z. B, die Leitung der EU-Kommission, oder des EU-Ratspräsidenten + weitere. Donald Tusk, derzeitiger Ratspräsident soll nun eine gewisse Auswahl von geeigneten Personen finden und bis Anfang Juni 2019 vorstellen.

- **Die "Mauer"**

Am 09. November 1989 fiel in Berlin die "Mauer". Diese teilte bekanntlich Berlin und Deutschland fysisch und sichtbar in Ost und West. Die Mauer hatte insgesamt eine Länge von 160 km. In Deutschland ist der Fall der Berliner Mauer vor 30 Jahren ein wichtiger Gedenktag. Nach Ende des 2. Weltkrieges beschlossen die sog. Siegermächte, USA, Grossbritannien, Frankreich und die Sowjetunion die Teilung Deutschlands. Im Westen lag danach die "Bundesrepublik Deutschland".

Hier arbeitete man eng zusammen mit den westlichen Ländern und Systemen und im Osten nannte sich das Regime unter Leitung der Sowjetunion "Deutsche Demokratische Republik" - (DDR)-.Das Leben in beiden Republiken gestaltete sich recht unterschiedlich. Das kann nachgelesen werden in Dokumenten und Büchern über das Leben in beiden Ländern nach Kriegsende. Auch noch heute sind verschiedene Unterschiede deutlich und sichtbar. Der Fall der Berliner Mauer ist für Deutsche weiterhin ein wichtiger Gedenktag.

In Deutschland gedenkt man dieser Tage im November 2019 der historischen Veränderungen, die im November 1989 durch die sog. "friedliche Revolution" und kurz danach durch den Fall der Berliner Mauer und der sog. Wende ausgelöst worden waren - aus heutiger Sicht. vor 30 Jahren.

Deutsche kennen das Leben im westlichen und östlichen Teil Deutschlands, wenn auch das sich recht unterschiedlich gestaltet hatte. Der 09. November steht insbesondere

durch den überraschenden Fall der Mauer seinerzeit im Blickpunkt. Im drauffolgenden Jahr folgte die formelle Wiedervereinigung des Landes. Diese Wiedervereinigung ist bis heute nicht völlig vollendet. Das hat vielerlei Gründe, die derzeit erforscht werden. Heute bilden sich vor allem auch im Osten Deutschlands rechtsradikale Gruppierungen. Die Redaktion hier will versuchen einige wichtige Veränderungen in Deutschland nach der "Wende" 1989 und 1990 in einem gesonderten späteren Artikel zusammenzufassen.

- **Brexit - Krise in Grossbritannien**

Wir hatten die Entwicklung von Brexit unter der Leitung von Theresa May hier bei „Aktuell“ mitverfolgt. Durch die Amtsübernahme von Boris Johnson ist eine neue Situation in Bezug auf Brexit entstanden. Den Bericht über die vorhergehende Entwicklung haben wir bei „Aktuell“, dem norwegischen Text, herausgenommen. Der neue Vorsitzende der konservativen Partei in Grossbritannien, Boris Johnson, hat in den letzten Tagen, keine Mehrheit für seine Brexit-Vorschläge im britischen Parlament erreicht. Er meint, das Land solle die EU ohne Abkommen verlassen (no deal). Johnson wird als "Brexit-Hardliner" bezeichnet. In Grossbritannien hat ein Regierungschef viel Macht, wenn er die Mehrheit der Stimmen im Unterhaus und Oberhaus erreicht (Tatsache der letzten Tage). Grossbritannien hat kein Grundgesetz, das schriftlich vorschreibt, was geht und was nicht für die staatliche Regierung und Verwaltung. Die de grosse Frage für Grossbritannien ist jetzt, was nach dem 31. Oktober geschieht. An dem Tag will Johnson, dass die Briten die EU spätestens verlassen sollen. Die derzeitige Frage ist auch, steht eine neue Parlamentswahl bevor? Derzeit sieht es danach aus. Wir verfolgen die Entwicklung.

In den ausländischen Medien gibt es viele Spekulationen darüber, was sich in Bezug auf Grossbritannien und auch die EU nach einem eventuellen Brexit-Austritt ohne Vertrag ab dem 31. Oktober 2019 verändern wird. "Wer zu spät kommt" oder "sich nicht rechtzeitig vorbereitet, den bestraft das Leben," heisst ein Spruch auf Deutsch.

In der Nacht vom 29. auf den 30. Oktober stimmte das britische Parlament (und die EU) einer Verschiebung des vorgesehenen Datums des "Brexit-Abkommens" zu. Auch die Labour-Partei! Neuer Termin: 31. Januar 2020. Am 12. Dezember 2019 sollen in Grossbritannien Neuwahlen stattfinden."

Wir verfolgen die dramatische Entwicklung in Grossbritannien im Verhältnis zur EU.

- **Griechenland**

Das griechische Parlament mit 300 Mitgliedern hat nach dem Sommer 2019 eine neue Regierung nach dem sozialdemokratischen Präsidenten Tsipras. Er hatte mehrere Jahr regiert und die Politik des Landes reformiert. Der neue Regierungschef (der konservativen Partei Nea Demokratia - ND-. heisst Kyriakos Mitsotakis.

- **Regierungskrise in Österreich**

In Österreich kam es in jüngster Zeit zu vielen politischen Auseinandersetzungen zwischen Staatsminister Sebastian Kurz (Konservative) und der rechtspopulistischen Partei, die als Mehrheitsbeschaffer in die Regierung aufgenommen worden war. Die

Zusammenarbeit zerbrach an verschiedenen schwierigen Entwicklungen. Dazu ein anderes Mal mehr.

In Österreich fanden am 29. September 2019 Neuwahlen statt. Der frühere Regierungschef Sebastian Kurz hat diese Wahl mit einem Anteil von 37,1 % der Stimmen gewonnen. Er will mit allen Parteien über eine mögliche Regierungsbildung verhandeln. Möglich ist eine Koalition mit den «Grünen». Die Verhandlungen werden allerdings eine gewisse Zeit lang dauern.

- **Neue Regierung in Italien**

Regierungschef Giuseppe Conte hat in Italien eine neue junge Regierung gebildet mit Politikern der 5-Sterne und den Sozialdemokraten. Der stellvertretende Regierungschef der vorigen Regierung wurde abgewählt. Das wird vermutlich das Regieren des Landes leichter machen. Zusätzlich ist man einig darin, dass das Regieren des Landes dadurch leichter sein wird. Zusätzlich ist die neue Regierung darin einig, eine gemeinsame politische Plattform zu schaffen, anstatt eines Vertrages, so wie es die Lega Nord und die 5-Sterne-Partei vorher hatten. Die Börsen in der EU haben die Veränderungen begrüsst. Italien braucht in Zukunft ganz einfach mehr Stabilität.

- **Schweden**

Schweden hat am 18. Januar 2019, nach viermonatiger Unklarheit eine neue Regierung erhalten, und zwar unter dem früheren Regierungschef Stefan Løfven (Er erhielt allerdings nur 15 positive Stimmen, 153 Stimmen gegen ihn wurden registriert und 77 Personen enthielten sich der Stimmabgabe).

- **Norwegen**

In Norwegen hat die konservative Regierungskoalition und Leitung von Erna Solberg, Høyre, nun die Mehrheit im norwegischen Parlament errungen, und zwar mit vier Parteien. Die neue Regierung ist zahlenmässig die grösste in der jüngsten norwegischen Geschichte.

- **Klima**

Ein umfassender UNO-Bericht zur Bedrohung und durch Zerstörung von der Natur, Pflanzen und Tierleben auf der Erde wurde in diesen Wochen veröffentlicht.

Dieser Bericht verstärkt die Debatte über die Gefahren auf unserer Erde für unser Klima, die bereits eine Zeit lang geführt wird. Insbesondere steht sie im Zusammenhang den Gefahren für die Insekten. Dabei wird vor allem auf das Leben und Überleben der Bienen weltweit hingewiesen. Das ist bekanntlich wichtig für den Fortbestand von vielen Pflanzen. Auch hier steht die Verbreitung von CO<sub>2</sub> im Mittelpunkt. Diese Tatsache sollte heute in unseren Ländern noch ernster genommen werden als bisher. Das steht u.a. in dem Bericht der Vereinten Nationen. "Wir haben keine Zeit zu verlieren", sagt u.a. der Leiter der Expertengruppe anlässlich der

Veröffentlichung (Quelle: Deutsches Fernsehen ZDF, Aussage am 08. Mai 2019 bei der Vorstellung des Berichts.)

- **Säbelrasseln, droht eine gefährliche Eskalation?**

Der Konflikt zwischen den USA und dem Iran hat sich im Mai dieses Jahres zugespitzt. Ausgang ungewiss.

Diese Herausforderung hängt damit zusammen, dass der US-Präsident bereits vor etwa einem Jahr das sog. Atomabkommen zwischen beiden Ländern das 2015 geschlossen worden war, aufkündigt hat. Das Problem liegt darin, dass die USA dass der amerikanische Präsident den Iran bezichtigt, in der Region Unruhe zu stiften und Terrorismus unterstütze. Das alles hängt auch damit zusammen, dass der Iran sein angereichertes Uran behalten und wohl auch weiterentwickeln will, anstatt es im Ausland zu verkaufen. Im Zusammenhang mit dem derzeitigen Streit gab der Iran auch bekannt, man habe jetzt den USA eine Frist von 60 Tagen eingeräumt, um die Konfrontation in diesem gefährlichen Konflikt im beiderseitigen Einvernehmen zu beseitigen. Die Krisensituation hängt u.a. auch mit der Beurteilung von Irans Rolle und Handlungsfähigkeit in der Region zusammen.

Die Europäer sind im Gegensatz zu den USA überzeugt davon, dass ein gegenseitiger Vertrag besser sei als kein Abkommen. Ausserdem mache diese Alternative die Welt sicherer. Die EU will ausserdem den möglichen Handel mit dem Iran aufrechterhalten. Am 13. Mai hatten die EU-Aussenminister ein gemeinsames Treffen u.a. auch zu dieser schwierigen Frage angesetzt. Auch der amerikanische Aussenminister Pompeo kam überraschend zu dem Treffen nach Brüssel. Das Ergebnis dieses Treffen, das am Abend kurz bekanntgegeben worden war, soll zusammenfassend gewesen sein, dass man seitens der USA weiterhin Solidarität von der EU mit den USA in dieser Angelegenheit erwarte. Der deutsche Aussenminister Heiko Maas äusserte sich anschliessend kurz zu dem Gespräch, das er für die EU mit Pompeo geführt hatte. "Wir sind uns sicher in Europa, dass das vorliegende Abkommen wichtig ist für die Sicherheit in der Welt und u.a. in Europa." Alles andere sei gefährlich und könne zu einer Eskalation führen. Aus dem Grunde sollte des Atomabkommen nicht aus der Welt geschafft werden. Die Verhandlungen mit dem Iran sollten auch weitergeführt werden. Der Eindruck nach den Verhandlungen der letzten Tage sind zusammenfassend: Die USA und Europa gehen in dieser Angelegenheit recht unterschiedliche Wege. Die Weltgemeinschaft steht vor einer ungewissen Weiterentwicklung. Wir bitten unsere Leser, diese Entwicklung in den Medien weiter zu verfolgen.

- **"Unvorhergesehene Krise im Nahen Osten, die auch Europa betrifft"**

Wir haben in letzter Zeit eine türkische militärische Offensive erlebt, die vorerst eingedämmt wurde, deren Ausgang aber weiter ungewiss ist. Es geht um das nordsyrische Grenzgebiet zur Türkei. Die Kurden in der Region fühlen sich bedroht. Die Türkei hat in den letzten Tagen sowohl Unterstützung durch amerikanische Truppen erhalten, als auch durch Russland und das syrische Assad-Regime. Niemand kann heute genau sagen, wo das alles endet. Nicht unmöglich ist ein grösserer militärischen Konflikt. Die deutsche Verteidigungsministerin hat in den letzten Tagen ein internationales Engagement gefordert. Derzeit scheint das aber zu spät dafür zu

sein. Die Zukunft wird zeigen, was möglich ist. Deutsche Kommentatoren unterstreichen, dass das relativ geringe Engagement Europas in der Region Präsident Erdogan Macht und Stärke gibt. In der Weise lauten auch Einschätzungen in der Türkei.

- **Neues EU-Parlament**

Zum Ausgang der Wahlen EU-Parlament Schicksalwahl und bisherige umstrittene Entscheidungen danach.

\* Den Regeln entsprechend bestehen für einige Spitzenposten noch einige Tage Zeit bis eine endgültige Entscheidung getroffen werden muss. Das gilt vor allem dem Posten der vorgeschlagenen Leiterin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen (CDU), die überraschend für diese Position in deutsch-französischer Zusammenarbeit, vor allem vom französischen Präsidenten Macron, vorgeschlagen worden ist, "Ein interessanter Schachzug" sagen viele. Allerdings sind viele Mitglieder der SPD überrascht und gegen diese Wahl, weil sie auch den Zusammenhalt in der deutschen Regierung, der Großen Koalition gefährde. So wird argumentiert. Die seitherige deutsche Verteidigungsministerin von der Leyen habe auf keinen der Nominationslisten gestanden. Bei den Europaparlamentswahlen engagierten sich vornehmlich auch sozialdemokratische Wähler.

\* Am Dienstag, dem 16. Juli wurde mit einer sehr knappen Mehrheit von nur 10 Stimmen die bisherige deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen zur Kommissionspräsidentin im EU-Parlament gewählt. Von der Leyen hat ihren politischen Hintergrund in der konservativen Partei in Deutschland (CDU). Den Posten als Finanzministerin gibt sie auf, eine Nachfolgerin ist bereits ernannt. Die Wahl von Ursula von der Leyen erweckte in Strassbourg Überraschung. Zum einen ist sie die erste Frau an der Spitze des EU-Parlaments. Es gibt auch parteipolitische Kritik, vor allem seitens der Sozialdemokraten.

\* Diese wichtige Wahl sollte genau weiter verfolgt werden, u.a. auch zur Wahl von weiteren Spitzenpositionen. (Siehe dazu näher die Berichte in der internationalen und norwegischen Presse.) Auch wir hier in der Redaktion werden das Wahlergebnis langfristig genau beobachten und darüber berichten.

\* Ursula von der Leyen präsentierte sich als überzeugte Europäerin, im Mittelpunkt in ihrem Themenbereich standen u.a. Umweltfragen, (Klima), Flüchtlingsfragen und "Brexit".

\* Nach dem knappen Sieg von Ursula von der Leyen vor wenigen Tagen im Europäischen Parlament bei der Wahl zur Präsidentin der EU-Kommission, sind Politiker und Bürger überrascht, dass eine weitere Frau an die Spitze eine wichtigen Position gewählt worden ist, - nun geht es um die Ministerin des Verteidigungsministeriums nach Ursula von der Leyen, die sich wichtigen Fragen, in der EU widmen will. Gemeint ist die Vorsitzende der konservativen Partei CDU, Annegret Kramp-Karrenbauer, die bereit ist, das Ministeramt für Verteidigungsfragen ihrer Vorgängerin zu übernehmen. Sie hat in dem Fachbereich bisher keine praktische Erfahrung. Auch dieser Wechsel an der Spitze eines wichtigen Amtes hier in Deutschland, muss weiter gut beobachtet werden.

- **Der Europarat**

Der Europarat (Council of Europe) sollte nicht mit anderen europäischen Organisationen, wie der EU oder dem Europäischen Parlament verwechselt werden. Der Europarat wurde nach dem 2. Weltkrieg am 05. Mai 1949 gegründet. Die Organisation wurde von vielen auch als "Europas Wache für den Ausbau der Demokratie" angesehen. Heute besteht der Europarat aus 47 Mitgliedsländern, davon sind 27 EU-Mitglieder. Norwegen ist auch dabei. Generalsekretär der Organisation ist weiterhin Thorbjørn Jagland aus Norwegen. Bisher wurden insgesamt 200 internationale Abkommen verabschiedet. Heute befindet sich der Europarat vor grossen Herausforderungen, einige nennen es Krise. Die Anzahl von Rechtspopulisten in der Organisation steigt. Mehr und mehr Aufforderungen des Europarates bezüglich der Wahrung von Menschenrechten, sind in jüngster Zeit von einigen Ländern in Europa, u.a. von Russland, Ungarn oder Polen nicht akzeptiert worden.